

26 Seiten /  
5A Seiten

- 1A -

**Ausschuß für Innere Verwaltung**

**Protokoll**

30. Sitzung (nicht öffentlich)

8. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographin: Niemeyer

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Schreiben des Abgeordneten Paus (CDU) betreffend die Tagesordnung der heutigen Sitzung

1

Der Ausschuß einigt sich darauf, das Thema "Zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens 'Funktionsbewertung der Schutzpolizei'" - Drucksache 11/3463 - in die nächste Tagesordnung aufzunehmen.

Der Beratungspunkt "Schüler-Kommission" soll, wie der Vorsitzende feststellt, in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn sich die Fraktionsvorsitzenden darüber geeinigt haben.

**1 Haushaltsgesetz 1993**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4200

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlage 11/1505

Zuschriften 11/1560, 11/1913 und 11/1990

4

a) Bauvorhaben

4

b) Umsetzung der Kommunikationsanalyse

6

c) Landesbeauftragter für den Datenschutz

8

d) Ausstattung der Polizeiführungsakademie

9

e) Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

9

f) Unterstützung von NS-Opfern

11

g) Forderungen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter betreffend  
die Verstärkung spezieller Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung

12

h) Kapitel 03 310, Tit. 525 20 - Kosten zur Erhaltung der Luftfahrerscheine für die bei den Regierungspräsidenten tätigen Fachkräfte

12

**2 Dienstrechtliche Konsequenzen im Zusammenhang mit der Erstellung eines "Drehbuchs" zur Vorbereitung des ehemaligen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann, auf dessen Vernehmung im Untersuchungsausschuß (siehe Anlage)**

13

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) beschreibt abstrakt Konsequenzen.

**3 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher Vorschriften**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/3080Vorlagen 11/1317 und 11/1553  
Zuschriften 11/1826, 11/1859 und 11/1905

15

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der GRÜNEN zu. Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Appel (GRÜNE) bestimmt.

**4 Gesetz zu einer Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/3696Vorlagen 11/1389, 11/1410, 11/1580 und 11/1600  
Zuschriften 11/1920, 11/1921, 11/1922, 11/1923, 11/1926, 11/1929,  
11/1945, 11/1982 und 11/2014

15

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) sagt rechtzeitig zur nächsten Ausschußsitzung eine Stellungnahme des Ministeriums zu den eingegangenen Zuschriften zu. Gewünscht wird von Abgeordnetem Stallmann (CDU) insbesondere ein Eingehen auf das Niederlassungsrecht und § 22, von Abgeordnetem Jentsch (SPD) auf das Prüfungsverfahren.

**5 Einschätzung der politischen Aktivitäten der Skinheads**

Vorlage 11/1584

16

Bericht des Innenministers und Diskussion.

**6 Straffällig gewordene Ausländer konsequent abschieben**Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/4060

23

**7 Deutschland braucht Konsens in der Ausländerpolitik: Zuwanderung begrenzen - Integration ermöglichen**Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/4305

24

**8 Aufenthaltsrecht für Vertragsarbeitnehmer und -arbeiternehmerinnen der ehemaligen DDR**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4032

24

**9 Erwerb der Staatsbürgerschaft erleichtern**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/3352

Vorlage 11/1404

24

Die in diesen Tagesordnungspunkten genannten Anträge sollen in der nächsten Sitzung mit den zum gleichen Thema schon vorliegenden Anträgen zusammen behandelt werden.

**10 Zusammenlegung von Wahlterminen**Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/3695Vorlage 11/1454  
Zuschrift 11/1847

25

Die Beratung wird vertagt.

-----



**Abgeordneter Paus (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß es - leider vergebliche - Anläufe zu entsprechenden Gesprächen gegeben habe. Da sie nicht zustande gekommen seien, wünsche er, daß die Anträge nunmehr im Ausschuß beraten würden.

**Abgeordneter Frechen (SPD)** spricht sich dafür aus, die Beratung über das weitere Vorgehen betreffend sämtliche Anträge zu dem in Rede stehenden Thema in der Sitzung am 29.10. durchzuführen.

## 1 Haushaltsgesetz 1993

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4200

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlage 11/1505  
Zuschriften 11/1560, 11/1913 und 11/1990

Vertreter des Innenministers beantworten in den vorangegangenen Beratungen offen-gebliebene Fragen zu den Themenkomplexen "Bauvorhaben", "Umsetzung der Kommunikationsanalyse" und "Ausstattung der Polizeiführungsakademie".

### a) Bauvorhaben

**Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium)** führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es gibt im Haushaltsplanentwurf 1993 42 Bauvorhaben, die schon begonnen sind und fortgeführt werden. Die zur Verfügung gestellten 92 Millionen DM - dies sind so viel Mittel, wie wir seit 1984 nicht mehr gehabt haben - reichen aus, um laufende Bauvorhaben fortzuführen und zu einem großen Teil im kommenden Jahr auch zu beenden.

Darüber hinaus gibt es aber im Haushaltsplanentwurf 22 Bautitel, bei denen zur Zeit nur Vorarbeitskosten veranschlagt sind, d. h.: Es wird geplant. Diese nur

mit Vorarbeitskosten veranschlagten Titel müssen in den nächsten Jahren in Titel umgesetzt werden, aus denen gebaut werden kann, und das ist das Problem.

In einer der letzten Sitzungen hatten Sie nach einer Rangfolge gefragt. Diese möchte ich Ihnen, ohne daß dies für immer abschließend wäre, betreffend die eben genannten 22 Titel mitteilen.

Es gibt zwölf sehr wichtige Vorhaben, und dabei steht an erster Stelle das Landeskriminalamt. Ferner zählt dazu eine Baumaßnahme beim Polizeipräsidenten Bielefeld, wo ohnehin schon gebaut wird, doch sind darüber hinaus noch verschiedene Gebäude zu errichten. Weiter gilt dies für eine Maßnahme bei der Bereitschaftspolizei in Schloß Holte-Stukenbrock, wo im wesentlichen nur Baracken stehen. Das Bauvorhaben bei der Kreispolizeibehörde Bergisch-Gladbach erfordert ungefähr 22 Millionen DM. Beim Polizeipräsidenten Essen stehen Sanierungsmaßnahmen und ein Neubauvorhaben an. Abgeschlossen ist die Planung - sie soll nun umgesetzt werden - beim Polizeipräsidenten Hamm für einen Erweiterungsbau. Beim Regierungspräsidenten Köln ist die Verkehrsüberwachungs Bereitschaft nicht gut untergebracht. Ferner gilt es, eine Polizeiautobahnstation in Hagen umzusetzen, da die Autobahn erweitert wird. Schon gebaut wird beim Polizeipräsidenten Dortmund. Gebaut werden muß bei der Bereitschaftspolizei Wuppertal und der Kreispolizeibehörde Siegburg. Diese Vorhaben also sind im Prinzip bereits etatisiert, doch muß irgendwann mit dem Bau begonnen werden.

Erforderlich sind darüber hinaus eine Reihe von neuen Polizeidienstgebäuden, die in den nächsten Jahren wenigstens als Planungstitel in den Haushalt aufgenommen werden müssen:

- Kreispolizeibehörde Düren
- Kleve
- Polizeistation in Radevormwald
- Polizeiautobahnstationen Ascheberg und Greven, bei denen eine Verbreiterung der Autobahn Baumaßnahmen notwendig macht
- Kreispolizeibehörde Siegen
- Polizeistation in Lüdinghausen
- Polizeipräsident Mülheim.

Die einzelnen Maßnahmen bewegen sich zwischen einer Bausumme von 6 bis 25 Millionen DM.

Zu dem Bauvorhaben "Fortbildungsakademie", nach dem sich die **Abgeordnete Hussing (CDU)** erkundigt, meint **Staatssekretär Riotte**, daß es eines Haushaltsansatzes möglicherweise nicht bedürfe, wenn mit einem Investor gebaut werde, was zur Zeit noch nicht ausgeschlossen sei. Über die Frage, in welchem Verfahren das nicht unbedeutende Vorhaben angegangen werden soll, werde es noch in diesem Monat ein Ressortgespräch, zudem die Bauministerin eingeladen habe, und weitere Beratungen mit den in Betracht kommenden Investoren geben. Bislang halte das Land an der Absicht fest, in Herne einen Neubau der Fortbildungsakademie zu errichten.

**Abgeordnete Opladen (CDU)** greift noch einmal das Bauvorhaben in Bergisch-Gladbach auf, zu dem **Leitender Ministerialrat Grafe (IM)** ihr mitteilt, daß der frühestmögliche Zeitpunkt, zudem der Innenminister probieren werde, dafür Mittel in den Etat einzusetzen, der Haushalt 1994 sei.

b) Umsetzung der Kommunikationsanalyse

**Staatssekretär Riotte** verweist hierzu auf die Seite 177 des Haushaltsentwurfs und beantwortet dann die in der letzten Sitzung gestellte Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)**, welche der in den Erläuterungen angeführten Maßnahmen unter das Gesamtprogramm Informations- und Kommunikationswesen der Polizei subsumiert werden könnten.

Dazu gehörten folgende Erstbeschaffungen:

- Erneuerung im FS-Sondernetz 700 000 DM
- ADV-Ausstattung für den Wach- und Wechseldienst 6 Millionen DM
- Projekt "Informations- und Kommunikationssystem gefährliche Güter" 500 000 DM

Nicht hinzugerechnet habe man die Summe für das automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem AFiS nicht hinzugerechnet, da es sich um einen Landesanteil zur Finanzierung des Bundesvorhabens handele.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
30. Sitzung

08.10.1992  
ni-sto

- DV-Ausstattung von Führungsstäben 300 000 DM
- DV-Projekt Ringalarmfahndung 300 000 DM
- Test- und Entwicklungssoftware für Automatisierte Verkehrsordnungswidrigkeiten- und Unfallbearbeitungsverfahren 200 000 DM
- Ausstattung der VÜB Detmold (Neubau) mit IuK-Anlagen und Gerät 1,6 Millionen DM
- Ausstattung der KPB Gütersloh (Neubau) mit IuK-Anlagen und Gerät - 1. Rate 800 000 DM
- Ausstattung des Dezernates 44 (Einsatzunterstützung) des LKA mit IuK-Technik 195 000 DM
- Testinstallation für den Verkehrswarndienst (ACCEPT und BEVEI) 200 000 DM.

Was die Ersatzbeschaffungen anbelangt, so zählen dazu:

- TK-Anlagen, Wechselsprechanlagen, Endgeräte einschließlich Hausnetze 7,4 Millionen DM
- Fernmeldebetriebstische und Notrufanlagen 3,8 Millionen DM von 5 Millionen DM

Insgesamt ergibt sich somit eine Summe von 21,8 Millionen DM. Der Staatssekretär macht darauf aufmerksam, daß maßgebend die Gesamtsumme sei, während sich aufgrund der schnellen Veränderungen auf dem Sektor ADV im einzelnen Abweichungen ergeben könnten.

**Abgeordneter Appel (GRÜNE)** richtet den Blick unter Verweis auf den Bericht des Bundesrechnungshofs von 1989 betreffend die Schwierigkeiten bei der Einführung von ADV im Bereich der Bundesverwaltung auf die aus seiner Sicht entstandene Diskrepanz zwischen dem Aufwenden von 21,8 Millionen DM für eine ADV-Ausstattung und dem gleichzeitigen Verzicht auf eine entsprechende organisatorische Ausstattung des Landesbeauftragten für den Datenschutz.

**Abgeordneter Paus (CDU)** erkundigt sich, welcher Betrag der in 1991 verausgabten Summe auf die Umsetzung des Gutachtens von Mummert & Partner entfalle.

**Staatssekretär Riotte (IM)** sagt zu, die Ausgaben aufgrund des Gutachtens "Mummert & Partner" für 1991, falls überhaupt vorhanden, aufzulisten.

c) Landesbeauftragter für den Datenschutz

**Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** empfiehlt eine Freisetzung der Kapazitäten des Landesbeauftragten für den Datenschutz durch Verlagerung einiger ihm im Augenblick obliegender Aufgaben wie beispielsweise der ihr hanebüchend erscheinenden Verwaltung der Tiefgarage in seinem Dienstgebäude.

**Landesbeauftragter für den Datenschutz Maier-Bode** nennt als Grund dafür, daß seiner Behörde nach ihrer Ansiedlung im ehemaligen Landtagsgebäude an der Reichstraße die Verwaltung der Tiefgarage - zunächst einmal, wie es geheißen habe, provisorisch - übertragen worden sei, daß es sich bei seiner Behörde um die größte der dort untergebrachten handele. Auch nach nunmehr vier Jahren lasse sich jedoch nicht absehen, wann sich an der Situation etwas ändern könnte. Zugewiesen worden sei ihm seinerzeit die Stelle eines Verwaltungsarbeiters, doch bitte er, nunmehr auch die büromäßigen Konsequenzen im Stellenplan zu ziehen.

Außerdem wünsche er, auf zwei Jahre befristet eine kw-Stelle im Bereich technisch-organisatorischer Datensicherheit zu schaffen, um über eine kontinuierliche personelle Besetzung auf diesem sehr wichtigen Gebiet zu verfügen. Denn neben der notwendigen Kontrolltätigkeit erreichten ihn aufgrund der zunehmenden automatisierten Datenverarbeitung immer mehr Beratungsersuchen. Die vorgeschlagene vorübergehende Maßnahme diene dazu, nach dem Eintritt des jetzigen Referatsleiters in den Ruhestand nicht durch eine einjährige Besetzungssperre auf die Erledigung dieser ihm vom Gesetz auferlegten Aufgabe verzichten zu müssen.

Auf Wunsch des **Abgeordneten Frechen (SPD)** wird **Staatssekretär Riotte** in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht über die Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit PC geben.

## d) Ausstattung der Polizeiführungsakademie

**Staatssekretär Riotte (IM)** informiert wie folgt:

Die PFA hat ihren Bedarf für 1993 angemeldet. Danach ergibt sich bei acht auszubildenden Lerngruppen nach dem bisherigen Studienplan folgender Dozentenbedarf:

- für die Ausbildung sechs Fachbereichsleiter und 22 Dozenten
- für die Fortbildung fünf Dozenten
- für die Forschung vier Dozenten.

Die Dozenten werden aus den Polizeien der Länder bzw. den Haushalten der Länder abgeordnet.

Auf die vier Lehrkräfte für die Forschung wird im Haushalt 1993 entsprechend einem Kuratoriumsbeschluß verzichtet. Damit ergibt sich ein Haushaltsplansoll von 33 abgeordneten Beamten, die auch veranschlagt sind.

Der Mehrbedarf, der mit der Umsetzung des Reformprogramms verbunden wäre, wird nicht unter 15 liegen.

## e) Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

**Abgeordneter Meyers (CDU)** erkundigt sich, wie viele der 16 Planstellen, die 1992 besetzt werden sollten, inzwischen besetzt seien und weshalb in Zweifel gezogen werde, daß sie eventuell in 1992 gar nicht mehr besetzt werden könnten. Diese Frage verbindet Herr Meyers mit dem Hinweis auf die bekanntermaßen sehr schlechte personelle Ausstattung der Fachhochschule.

Kritisch merkt der Abgeordnete an, daß mit dem für 1993 geplanten Modell der Fachhochschule nicht geholfen werden könne: Sollten in 1993 20 Planstellen mit Hauptamtlern besetzt werden, könnte der Ausgleich des Stundendefizits durch Nebentantler nicht mehr vorgenommen werden, da 1 Million DM im Haushalt fehlten.

**Abgeordneter Frechen (SPD)** kündigt einen Antrag der Innenpolitiker seiner Fraktion betreffend die Aufstockung des Hauptamtleranteils an; ob sie mit diesem Antrag in der Fraktion erfolgreich sein würden, werde sich zeigen. - Seines Erachtens könne dem Innenminister an einer Aufstockung des Hauptamtleranteils nicht gelegen sein, da dies mehr Mittel benötigte, als er für Nebenamtler aufzuwenden hätte. Es bedürfe offenbar des Hinweises auf den einmal erklärten Willen der Landesregierung, die Dozentenschaft aus 60 % Hauptamtlern und lediglich 40 % Nebenamtlern bestehen zu lassen. Was eine Ausgabenersparnis bedeuten würde, sei nicht immer identisch mit dem von der Landesregierung geäußerten Willen und vor allem der Vorstellung, die die Wissenschaftsministerin gegenüber dem Bund bezüglich dessen Fachhochschule geäußert habe, daß nämlich die Zustimmung der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht erteilt werden könnte, würden nicht 60 % des Unterrichts durch Hauptamtler erteilt.

**Staatssekretär Riotte (IM)** führt aus, von den 16 zusätzlichen Stellen seien 14 besetzt, jedoch aufgrund der Stellenbesetzungssperre erst zum 1. Oktober 1992. Der dadurch entstandene Mittelüberhang habe für andere Zwecke verwendet werden können.

Der Innenminister habe mit seiner Ansicht, die sich mit der der Abgeordneten decke, gegenüber dem Finanzminister nicht hinter dem Berg gehalten, doch leider hätten die Kabinettsberatungen nicht das wünschenswerte Ergebnis gebracht. Der Innenminister, eingebunden in die Kabinettsdisziplin, könne, den Bitten der Abgeordneten entsprechend, nur die Verfügbarkeit weiterer Deckung auflisten, wie in der entsprechenden Vorlage geschehen.

Auf Nachfragen des **Abgeordneten Meyers (CDU)** merkt **Staatssekretär Riotte (IM)** an, daß auch mit 20 weiteren Planstellen für Hauptamtler deren Anteil sich nur auf rund 35 % erhöhen würde.

**Abgeordneter Frechen (SPD)** zieht aus den Erläuterungen den Schluß, daß durch jeden eingestellten Hauptamtler die Mittel für die Besoldung von drei Nebenamtlern "verlorengingen". Die Konsequenz könne aus Gründen der Haushaltsklarheit und -wahrheit nur lauten, den Haushaltsansatz zu erhöhen.

## f) Unterstützung von NS-Opfern

**Abgeordnete Opladen (CDU)** geht auf den Einzelplan des Ministerpräsidenten, Kap. 02 020, Tit. 681 20 ein, in dem 1 Million DM für "Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen" angesetzt seien. Sie betrachte das Verfahren als wirklich kurios und mit dem Selbstverständnis dieses Ausschusses nicht vereinbar, der sich noch vor kurzem in einer umfangreichen Anhörung mit der Frage, ob die Entschädigung durch einen Fonds oder mittels eines Gesetzes und, wenn überhaupt, in welcher Höhe und welcher Form erfolgen solle, beschäftigt habe. Mit der Etatisierung werde, wenngleich formal der Haushaltsgesetzgeber noch zustimmen müsse, die Entscheidung praktisch getroffen und jede Beratung ad absurdum geführt.

Die CDU-Fraktion wünsche daher, den o. g. Titel bis zu einem Beschluß des Ausschusses mit einem Sperrvermerk zu versehen.

**Abgeordnete Heemann (SPD)** begrüßt für ihre Fraktion, daß die Landesregierung überhaupt Mittel für diesen Bereich sofort bereitgestellt habe, was die Arbeit erleichtere. Als nicht unbedingt glücklich empfindet auch Frau Heemann die Etatisierung nicht im Einzelplan 03 sondern im Haushalt des Ministerpräsidenten, wenngleich den Opfern die Herkunft der Mittel letztendlich egal sein werde. Nachzudenken gelte es jetzt über die Verteilung der Mittel.

**Abgeordneter Appel (GRÜNE)** bezeichnet es als eigenartig, wie seitens der Landesregierung mit den Beratungen des Parlaments verfahren werde. Und nicht zuletzt halte er es für willkürlich und den Gepflogenheiten widersprechend, wenn die Wiedergutmachungsleistungen ansonsten im Einzelplan 03, diese Mittel jedoch im Einzelplan 02 etatisiert würden. Er hätte es gutgeheißen, hätte die Landesregierung im Einzelplan 03 einen bestimmten Betrag etatisiert, unabhängig davon, ob sich das Parlament im nachhinein für eine den Opfern einen Rechtsanspruch gewährende gesetzliche Regelung oder einen Härtefonds entschieden hätte.

**Staatssekretär Riotte (IM)** sagt zu, daß die Verausgabung der Mittel nicht erfolgen würde, ohne daß dieser Ausschuß über die Kriterien beraten habe. Im übrigen sollte man die Veranschlagung im Einzelplan 02 nicht nur negativ sehen, denn dahinter verberge sich das persönliche Interesse des Ministerpräsidenten an diesem Titel, was denjenigen, die das Thema forcieren wollten, doch nur recht sein könne.

(Zur Frage des Abgeordneten Appel [GRÜNE] nach der Fundstelle für den "Organisationserlaß" des Ministerpräsidenten siehe Vorlage 11/1636.)

- g) Forderungen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter betreffend die Verstärkung spezieller Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung

**Abgeordnetem Paus (CDU)** wird für die nächste Sitzung von **Staatssekretär Riotte (IM)** eine Stellungnahme auf die Zuschrift des BDK, in der dieser sehr dezidiert Forderungen erhoben habe, zugesagt.

- h) Kapitel 03 310, Tit. 525 20 - Kosten zur Erhaltung der Luftfahrerscheine für die bei den Regierungspräsidenten tätigen Fachkräfte

**Abgeordneter Appel (GRÜNE)** erkundigt sich mit Verweis auf Vorlage 11/1597 nach der Klasse der Luftfahrerscheine.

**Oberamtsrat Heupel (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr)** erwidert, im wesentlichen verfügten die Mitarbeiter über den die wenigsten Kosten verursachenden Privatpilotenschein. Nur die Leiter der Luftfahrtdezernate beim RP Düsseldorf und beim RP Münster besäßen den Berufspilotenschein und zwei Mitarbeiter den sehr kostenträchtigen und im Jahr einen Betrag von 14 000 DM erfordernden Verkehrsflugzeugführerschein. Letzterer erweise sich aber als notwendig, damit die Regierungspräsidenten als Genehmigungsbehörde für Landeplätze mit dem Betrieb von Verkehrsflugzeugen zusammenhängende Fragen sachgerecht beantworten könnten.

Darüber hinaus besäßen beim Regierungspräsidenten Münster vier Mitarbeiter den pro Jahr 10 000 DM an Kosten verursachenden Berufspilotenschein.

**Abgeordneter Appel (GRÜNE)** vermag mit Blick auf die Erteilung von Flugerlaubnissen die Notwendigkeit des Erwerbs von Berufspilotenscheinen einzusehen, zweifelt an dem Erfordernis von Privatpilotenscheinen und verbindet damit die Frage, ob es sich bei den Inhabern um amtlicherseits mit entsprechenden Fragen befaßte Person oder um Hobbyflieger handele, die den Schein sowieso besäßen und auf diese Weise die Gebühren erstattet bekämen. Handele es sich um spezielle Flüge, die allein der Erhaltung des Scheines dienten, oder reichten die Mitarbeiter irgendwelche Belege über Flugstunden ein?

Die Mehrzahl der Scheininhaber sind nach den Worten **Oberamtsrat Heupels (MSV)** auf den Flughäfen in der Luftaufsicht tätig. Sie müßten bei Entscheidungen, die sie auch gegenüber erfahrenen Berufspiloten zu vertreten hätten, über ausreichendes Wissen verfügen.

Die Abrechnung erfolge in der Weise, daß den Mitarbeitern bei den Regierungspräsidenten eine bestimmte Flugstundenzahl zugebilligt werde, für die sie dann bei einem Charterbetrieb ein Flugzeug chartern könnten. Der Regierungspräsident rechne die Kosten mit der Flugschule ab. Er gehe davon aus, daß die Betroffenen aus eigener Tasche pro Jahr etwa 1 000 DM zuzahlten, um entsprechende Flugzeuge fliegen zu können.

**Staatssekretär Riotte** fügt hinzu, es handele sich um die Wahrnehmung einer bundesgesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe, nämlich die Flugaufsicht auf den Flughäfen.

**Abgeordnete Hussing (CDU)** zeigt einen Widerspruch auf: Entweder sei der Besitz von Luftfahrerscheinen notwendig; dann habe die Behörde die Kosten zu tragen, oder aber er sei nicht notwendig.

**Oberamtsrat Heupel (MSV)** bemerkt, daß Einstellungsvoraussetzung der Besitz eines Pilotenscheines sei. Und wenn man es genau nehme, reiche das, was die Regierungspräsidenten an Mittel forderten, nicht aus, um die laufenden Kosten zur Erhaltung der Luftfahrerscheine zu decken. Denn es sollte, um die Unabhängigkeit der Beamten zu gewährleisten, Wert darauf gelegt werden, daß sie nicht auf verbilligte Flugstunden gerade bei den Charterunternehmen, die sie zu beaufsichtigen hätten, angewiesen wären.

- 2 **Dienstrechtliche Konsequenzen im Zusammenhang mit der Erstellung eines "Drehbuchs" zur Vorbereitung des ehemaligen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann, auf dessen Vernehmung im Untersuchungsausschuß (siehe Anlage)**

**Staatssekretär Riotte (Innenministerium)** führt aus: